



Information gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Sie erhalten diese Information, da die zuständigen Regierungspräsidien in Hessen (Darmstadt, Gießen, Kassel) im Rahmen der Gewerbe - Wiedergestattung personenbezogener Daten von Ihnen verarbeiten. Hierzu zählen in jedem Fall folgende Daten: Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum.

1. Verantwortlichkeit

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist je nach örtlicher Zuständigkeit das

Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt
Tel.: 06151-120, Fax: 06151-126347
E-Mail: Poststelle@rpda.hessen.de

das

Regierungspräsidium Gießen
Landgraf-Philipp-Platz 1-7
35390 Gießen
Tel.: +49 641 303-0
E-Mail: rp-giessen@rpgi.hessen.de

oder das

Regierungspräsidium Kassel
Am Alten Stadtschloss 1
34117 Kassel
Tel.: +49 561 106-0
Fax: +49 611 32764-1611
E-Mail: poststelle@rpks.hessen.de

Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 35 Abs. 7 GewO und richtet sich primär nach der vorhandenen gewerblichen Niederlassung oder dem Ort der beabsichtigten Gewerbeausübung.

2. Die oder der Datenschutzbeauftragte

Die oder den Datenschutzbeauftragte/n des jeweiligen Regierungspräsidiums erreichen Sie unter den vorgenannten Kontaktdaten, sowie unter der Email:

Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt
E-Mail: datenschutzbeauftragter@rpda.hessen.de

bzw.



Regierungspräsidium Gießen
Datenschutzbeauftragte
Landgraf-Philipp-Platz 1- 7
35390 Gießen
E-Mail: dsb@rpgi.hessen.de

bzw.

Regierungspräsidium Kassel
Am Alten Stadtschloss 1
34117 Kassel
E-Mail: dsb@rpks.hessen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt nach § 11 der Gewerbeordnung (GewO) und ist für die Beurteilung der Zuverlässigkeit und der übrigen Berufszulassungs- und -ausübungskriterien bei der Durchführung gewerberechtlicher Vorschriften und Verfahren, insbesondere bei Gewerbeuntersagungen gemäß § 35 Abs. 1 bzw. 7a GewO und Wiedergestattungen gemäß § 35 Abs. 6 GewO erforderlich.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Soweit dies zur Bearbeitung von Gewerbeuntersagungsverfahren, Wiedergestattungen oder Ordnungswidrigkeitsverfahren erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten gegenüber Behörden, Einrichtungen oder anderen öffentlichen Stellen offengelegt. In Betracht kommen hierfür im Regelfall:

- das Bundesamt für Justiz,
- die örtlich zuständigen Industrie- und Handels- bzw. Handwerkskammern,
- Insolvenz- und Registergerichte,
- Finanzbehörden,
- die örtlichen Polizei- und Ordnungsbehörden in den Städten und Gemeinden sowie
- Kreis- und Landesbehörden.

5. Datenübermittlung in ein Drittland oder eine internationale Organisation

Gemäß § 11 c GewO können personenbezogene Daten auch an die zuständigen Stellen in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einen anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum übermittelt werden.

Eine Übermittlung an Drittländer ist nicht vorgesehen.



6. Speicherdauer und -fristen

Gemäß § 152 Abs. 4 GewO werden bestimmte personenbezogene Daten natürlicher Personen bis zur Vollendung des 80 Lebensjahres aufbewahrt.

Zur Bestimmung des Zeitpunkts der Datenlöschung gelten im Übrigen die Aufbewahrungsfristen, die im Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen (Aktenführungserlass - AfE) sowie in den Bestimmungen zur Entfernung von Eintragungen in das Gewerbezentralregister festgelegt sind.

Sämtliche Fristen beginnen mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung Ihrer Angelegenheit abgeschlossen ist.

7. Ihre Rechte

- Nach Art. 15 DS-GVO können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen.
- Nach Art. 16 DS-GVO haben Sie das Recht auf Berichtigung.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO haben Sie das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Ein Recht auf Löschung kommt allerdings nicht in Betracht, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist bzw. zur Wahrnehmung einer Aufgabe dient, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt,
- Art. 17 Abs. 3 lit. b) DS-GVO. Art. 18 Abs. 1 DS-GVO gewährt unter den dort aufgeführten Voraussetzungen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.

Das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO besteht nach § 35 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes nicht, soweit eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verpflichtet.

8. Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Pflicht zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ergibt sich aus § 11, Abs. 1 GewO.

Bei Nichtbereitstellung können die Daten gem. § 11 Abs. 2 S. 2 GewO auch bei anderen Stellen erhoben werden.

9. Beschwerderecht bei der Aufsichtsstelle

Sie haben das Recht, unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe, beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Diesen können Sie unter folgender Anschrift erreichen:



Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationssicherheit
Postfach 3163
65021 Wiesbaden

poststelle@datenschutz.hessen.de

<https://datenschutz.hessen.de/service/beschwerde> (zuletzt geprüft: 10.08.2020)

Telefon: 0611 1408-0

10. Nutzungsdaten

Das Internetangebot wird von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (www.hzd.hessen.de) als technischem Dienstleister in unserem Auftrag und nach unseren Vorgaben vorgehalten. Sie erhebt Daten über jeden Zugriff auf den Online-Service (Logfiles) im technisch notwendigen Umfang. Zu diesen Zugriffsdaten gehören:

- IP-Adresse,
- Session-ID,
- Name der abgerufenen Webseite,
- Datei, Datum und Uhrzeit des Abrufs,
- Übertragene Datenmenge,
- Meldung über erfolgreichen Abruf,
- Browsertyp nebst Version,
- Referrer-URL

Aus Gründen der Datensicherheit, also um unerlaubte Zugriffe aufzuklären oder einen Missbrauch der Internetseite verhindern zu können, wird die vollständige IP-Adresse des anfordernden Rechners erfasst, gespeichert und 7 Tage nach dem Ende des Zugriffs automatisch gelöscht. Die restlichen Zugriffsdaten werden in anonymisierter Form 31 Tage aufgehoben. Ein Drittstaatentransfer, eine Übermittlung Ihrer Daten an Dritte oder an eine internationale Organisation findet nicht statt. Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt.